

## **Die Zukunft des Nationalparks Unteres Odertal nach der Novellierung des Nationalparkgesetzes**

### **Erschienen in:**

Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (3), 4-9

Der Brandenburgische Landtag hat am 25.10.2006 mit großer Mehrheit das Änderungsgesetz um Nationalpark Unteres Odertal beschlossen. Im vorausgegangenen parlamentarischen Verfahren ist der Gesetzesentwurf der Landesregierung auch nach der öffentlichen und parlamentarischen Anhörung am 04.09.2006 während der Beratung in den Fachausschüssen des Landtages nur an wenigen Punkten geändert worden. Er entspricht im Wesentlichen dem schon im Vorfeld mit den Fraktionen der SPD und CDU abgestimmten Regierungsentwurf. Außerdem liegen eine Fischerei- und eine Jagdverordnung im Entwurf vor. Sie wurden aber im Jahre 2006 noch nicht in Kraft gesetzt.

Auf demokratischem Wege getroffene politische Entscheidungen sind hinzunehmen, auch wenn sie von Sachverständigern und Experten für falsch gehalten werden. Die Diskussion um die Novellierung des Nationalparkgesetzes ist damit also beendet, nicht aber das Gespräch um die Verwirklichung eines echten Nationalparks gemäß der IUCN-Kategorie II.

Offen ist auch, wie mit dem seit 1992 laufenden, bisher eigentlich nur ausgesetzten Naturschutzgroßprojekt des Bundes (Gewässerrandstreifenprojekt) weiter zu verfahren ist. Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) möchte das Programm beenden. Entsprechende Verhandlungen mit dem Förderverein und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) laufen. Der Verein wird sich dem Wunsch des MLUV nicht entziehen können, obwohl es um die nicht mehr abzurufenden und damit verlorenen Fördermittel schade ist. Er wird aber in den Verhandlungen dafür Sorge tragen, dass das mit großem finanziellen Aufwand bisher für den Naturschutz Gesicherte erhalten bleibt und die Ziele des Naturschutzgroßprojektes künftig auch ohne staatliche Fördermittel weiter verfolgt und schließlich auch erreicht werden können.

Der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V. (Verein) hat sich gemeinsam mit den Naturschutzverbänden, vor allem mit dem Naturschutzbund Brandenburg, von Anfang an sehr intensiv in die Diskussion um den Novellierungsentwurf eingebracht. Auf zwei Pressekonferenzen und mit Hilfe mehrerer Presseerklärungen wurde die Position des Naturschutzes deutlich gemacht. Dabei war das große Interesse der Medien an dem Thema auffällig. In Funk und Fernsehen, vor allem aber in den Zeitungen, fanden die klaren und sachlichen Argumente des Vereins breite Resonanz und ganz überwiegend auch Zustimmung, bis in die Kommentarlage hinein. Das war überraschend und keineswegs selbstverständlich. Politisch genutzt hat die deutliche Stimme des Naturschutzes wenig. Vielleicht wurde aber dadurch verhindert, dass der Gesetzesentwurf weiter verwässert wurde. Das genau nämlich hatten fast alle

anderen, zur parlamentarischen Anhörung geladenen Interessengruppen und Lobbyisten gefordert. Dennoch sind die zusammengestellten Argumente wichtig und für die nach wie vor zu führende Diskussion hilfreich. Deswegen soll die zentrale Presseerklärung noch einmal veröffentlicht werden. Da sich das Gesetz vom Gesetzentwurf kaum unterscheidet, ist die damals geäußerte Kritik auch heute noch aktuell.

Wie also sieht die Situation des Naturschutzes nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes aus? Zunächst einmal gibt es durchaus auch Erfreuliches zu vermelden, was zeigt, dass die Naturschutzbemühungen, insbesondere die deutliche Nutzungseinschränkung auf Vereinsflächen, durchaus Erfolge haben. Von den 118 brandenburgischen Seeadlerpaaren brüteten im Jahre 2006 immerhin sechs im Bereich des Nationalparks mit insgesamt neun Jungvögeln. Sensationell war der Bruterfolg bei den Weißbartseeschwalben (20 Brutpaare mit 15 geschlüpften Jungvögeln) und den Weißflügelseeschwalben (50 Brutpaare mit 45 geschlüpften Jungvögeln), ein bisher einmaliger Erfolg, der dem konzertierten Vorgehen der Naturschützer im sehr wasserreichen Frühjahr 2006 zu danken ist. Er macht deutlich, was möglich wird, wenn endlich mehr Wasser in der Aue bleiben darf. Auf der anderen Seite ist künftig von staatlicher Seite bei der Verwirklichung eines echten Nationalparks nicht allzu viel zu erwarten. Die Nationalparkverwaltung wird in ihrer Größe und Ausrichtung im Wesentlichen auf touristische Aufgaben konzentriert, von den planmäßig vorgesehenen acht Mitarbeitern wird künftig keiner mehr für den Naturschutz zuständig sein. Touristische Singschwantage, Kranichwochen, Enten- und Gänse-Monate werden ihre Arbeit bestimmen. So jedenfalls sieht der Wille des Gesetzgebers aus, er ist für die staatliche Nationalparkverwaltung maßgeblich. Immerhin wurde damit begonnen, mit Hilfe von Entschädigungszahlungen die fischereirechtliche Nutzung des Gebietes durch die Fischer zu begrenzen.

Positiv ist auch am Rande, dass der provisorische Sportplatz, direkt vor der Brandenburgischen Akademie Schloss Criewen gelegen, in ein neu zu schaffendes Criewener Sportzentrum verlagert werden soll, zu dem dann auch eine neue Sporthalle gehören wird. Diese Investition des Landes Brandenburg macht dann auch das marode, das historische Ensemble des Gutes Criewen derer von Arnim störende Hallengebäude überflüssig und abrisssreif. Diese sehr zu begrüßende Maßnahme dient zwar mehr dem Denkmal- als dem Naturschutz, ist aber als flankierende Maßnahme für den Nationalpark insgesamt von großer Bedeutung.

In der Abwägung zwischen den Erfordernissen des Naturschutzes und des Tourismus überwiegen nach der Novellierung in der Regel also die Belange des Tourismus, wie das eigentlich für die Naturparke typisch ist. Kanutouren, die bisher bis auf eine traditionelle Tour per Gesetz untersagt waren, sind nach der Novellierung nun nicht nur erlaubt, sondern werden massiv beworben und gefördert. Unter großem Mediengetöse stiegen Regionalpolitiker zur Eröffnung der Saison demonstrativ selbst ins Boot. Der Fremdenverkehrsverein Schwedt meldete schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Vermittlung von 24 Kanutouren an 117 Gäste. An geführten Kanuwanderungen nahmen 261 Gäste mit 132 Booten teil. Im nur 10.000 Hektar kleinen Nationalpark gibt es insgesamt bereits über 200 Kilometer Fuß- und Fahrradwege.

Dabei sind die touristischen Möglichkeiten der Region um den Nationalpark herum noch bei weitem nicht ausgereizt. Es ist ein Fehler, alle Initiativen auf das kleine und

ökologisch sehr sensible Kerngebiet zu konzentrieren. Vernünftiger und weitsichtiger wäre es, auch die Nationalparkregion stärker mit einzubeziehen, in der bisher im Wesentlichen nur der Bau von Straßen und Parkplätzen mit Flurneuordnungsmitteln gefördert worden ist. Ein großer Teil der Touristen ließe sich schon hier im Vorfeld zufrieden stellen, beispielsweise durch weiträumige Tiergehege. Aber für das touristische Geschäft gilt ebenso wie für das landwirtschaftliche: Der Verein sieht sich hier nur als Anreger und Unterstützer, das Geschäft sollen die einheimischen Menschen und Betriebe machen.

Das Ministerium selbst und seine nachgeordneten Behörden haben klar gemacht, dass die schrittweise Verwirklichung des Nationalparks nur auf freiwilliger Basis erfolgen soll, nach dem neuen Motto "Ein Nationalpark für die Region und mit der Region". Die weiteren Schritte sollen also an den berühmten Runden Tischen, zu denen jedermann Zutritt hat, entschieden werden. Das Veto jedes Einzelnen verhindert dann jeden Fortschritt. Auf ordnungsrechtliche Maßnahmen soll weitgehend verzichtet werden.

Am Beispiel des Fiddichower Polders (Polder 10) lässt es sich gut verdeutlichen: Das durch die vom Land Brandenburg in Auftrag gegebene Gewässerstudie empfohlene neue Wasserregime mit längeren, möglichst ganzjährigen, Öffnungszeiten der Einlass- und Auslassbauwerke soll erst dann auf den langwierigen Weg gebracht werden, wenn auch der letzte noch so kleine Nutzer damit einverstanden ist, und das kann dauern und teuer werden.

Ein solch einschneidendes Vorhaben wie die Schaffung eines Auennationalparks lässt sich aber nicht allein nach dem Konsensprinzip verwirklichen. Auf dieser Grundlage wird die öffentliche Hand einen Nationalpark nach IUCN-Kategorie II in absehbarer Zeit nicht erreichen. Zwar ist es zu begrüßen, dass nunmehr zehn Jahre nach Nationalparkgründung zumindest das Flächenszenario für die geplante Zone I feststeht, zwar ist es durchaus ein Fortschritt, dass mit der geplanten Fischereiverordnung überhaupt erstmals gewisse Einschränkungen, wenn auch sehr zurückhaltende, für Angler und Fischer vorgesehen sind, die landwirtschaftlichen Flächen sind damit aber noch lange nicht aus der Nutzung genommen, ein Zeitplan fehlt dazu ebenso wie eine Terminierung.

In der gegenwärtigen politischen Situation wird dies ohne aktives Mittun des privatrechtlich organisierten, überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Vereins der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V. und der Nationalparkstiftung Unteres Odertal, nicht gehen. Zwar wird die Lösung aller anstehenden Probleme öffentlich stets auf das seit sechs Jahren laufende Unternehmensflurbereinigungsverfahren geschoben, aber abgesehen von der Finanzierung zahlreicher Straßen hat dieses Verfahren noch keine sichtbaren Erfolge gezeitigt. Dafür wurden immerhin bisher insgesamt 3 Millionen Euro verausgabt, Flächen hingegen noch nicht neu geordnet. Das Hauptproblem, die Begrenztheit der aus vielerlei Gründen immer attraktiver werdenden Fläche, die nun nicht nur für die Nahrungsmittelproduktion und als Subventionssubstrat gebraucht wird, sondern zunehmend auch für nachwachsende Rohstoffe, also zur Verbrennung, Vergasung und Vergärung von organischem Material aller Art, kann auch die Flurbereinigung nicht lösen. Das Mittel der wundersamen Flächenvermehrung steht auch ihr nicht zur Verfügung. Hier widmen sich Politiker wieder einmal mit Hingabe dem üblichen Verschieben von Problemen in die nach der eigenen Amtszeit beginnende Zukunft.

Auf den Verein kommen vor diesem Hintergrund neue Aufgaben zu, die sich nur - wie im ehrenamtlichen Bereich üblich - auf mehrere Schultern verteilen lassen. Ergänzend zu seiner kleinen hauptamtlichen Geschäftsstelle setzt der Verein schon heute ganz überwiegend auf ehrenamtliche Arbeit. Er wird in Zukunft seine Bemühungen weiter verstärken, Ehrenamtliche und Freiwillige dafür zu gewinnen, einen Teil ihrer Freizeit und ihres Sachverstandes in den Dienst dieses gemeinnützigen Projektes zu stecken und damit ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement zu geben. Schon heute engagieren sich viele Menschen aus der Region, aber auch aus ganz Deutschland für den Internationalpark Unteres Odertal. Das breit gefächerte Aufgabenspektrum des Vereins bietet eigentlich für jede Begabung und Interessenlage einen interessanten Ansatzpunkt. Wir werden daher die ehrenamtliche Arbeit im Unteren Odertal für einen breiteren Personenkreis attraktiver machen und versuchen, neue Freunde für den Naturschutz zu begeistern.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Vereins gehören auch in Zukunft die Öffentlichkeits- und die Bildungsarbeit, die Unterstützung der Forschung und die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Partnern und Kollegen. Über die Internationalpark Unteres Odertal gGmbH werden die Wildnisschule und das Nationalparklabor an der Teerofenbrücke weiter ein Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche sein, die die Natur kennen lernen und in der Natur lernen und leben wollen. Solange der Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße zwischen dem Hafen Schwedt und der Westoder wegen der sich gegenseitig blockierenden deutschen und polnischen Maximalforderungen auf Eis liegt, gibt es dazu in dieser Einrichtung optimale Chancen. In der Brandenburgischen Akademie Schloss Criewen werden auf Tagungen und mit anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit die wichtigsten Themen und Probleme des Naturschutzes und des ländlichen Raumes referiert und diskutiert und vielleicht auch einer Lösung näher gebracht. Das nun schon traditionelle, erfolgreiche Exkursionsprogramm, das anerkannte Wissenschaftler aus den Partnerorganisationen des Nationalparkes, aus dem Naturkundemuseum, aus Zoo und Tierpark Berlin sowie den Universitäten und Forschungseinrichtungen der Region als ehrenamtliche Exkursionsleiter gewinnt, wird fortgesetzt. Weitere wichtige Aufgaben des Vereins liegen in der ökologischen Landwirtschaft.

Die landwirtschaftlichen Möglichkeiten werden neben den touristischen in der ganz überwiegend ländlich strukturierten Uckermark bisher noch nicht hinreichend genutzt. Mit der höchsten deutschen Arbeitslosenrate von 23 Prozent (November 2006) und einem prognostizierten Absinken von 170.000 Einwohnern im Jahre 1990 auf 106.000 im Jahre 2030 ist der größte deutsche Landkreis aber dringend darauf angewiesen. Sind „Brandenburgs Bauern zu doof für Bio?“ fragt der Berliner Kurier resigniert. Seit zwei Jahren wächst der Absatz von ökologisch angebauten Produkten jährlich deutlich über 15 Prozent. Nur 20 Prozent der Ökoprodukte in den Geschäften und auf den Märkten Berlins kommen aus Brandenburg, 80 Prozent, vor allem die veredelten, werden aus ganz Europa nach Berlin gebracht. Obwohl in Brandenburg rund 10 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird, kann also noch nicht einmal der Berliner Markt ansatzweise gesättigt werden. „Der Bio-Boom wurde bei uns verschlafen“ räumt Brandenburgs Agrarminister Dietmar Woidke (SPD) ein, obwohl gerade mit dem Anbau und der Veredelung ökologischer Produkte viele Arbeitsplätze verbunden wären.

Diese Schläfrigkeit gilt in besonderer Weise für die Nationalparkregion. Auch zehn Jahre nach der Nationalparkgründung gibt es in der Region keinen einzigen anerkannten Ökobetrieb, trotz fruchtbarer Böden und der Nähe des Verbraucherzentrums Berlin, trotz idealen Vermarktungsmöglichkeiten unter dem Motto „Frisch aus der Nationalparkregion“.

Bereits seit 1992 hat sich der Verein entsprechend seiner Satzung sehr um eine Ökologisierung der Landwirtschaft bemüht. Er wird nun einen neuen Versuch starten, die örtliche Landwirtschaft für das Thema „Ökologischer Landbau“ zu sensibilisieren.

Auch das brandenburgische Landwirtschaftsministerium hat reagiert und die Fördermittel für den Ökolandbau bis 2013 um 10 Millionen Euro gegenüber den bisherigen Planungen aufgestockt. Mit dem Geld wird insbesondere der Fördersatz für Ackerland in Betrieben mit Tierhaltung auf 137 Euro erhöht, wie das in anderen norddeutschen Bundesländern bereits üblich ist. Außerdem wird die bisher geschlossene Richtlinie für den Ökolandbau in den Jahren 2007 und 2008 wieder für Neueinsteiger geöffnet, rückwirkend werden auch Flächenerweiterungen gefördert. Das ist zumindest ein erster Schritt, aber noch nicht genug. Die brandenburgische Landwirtschaft gerade in der Uckermark und in der Nationalparkregion braucht im Ökobereich neue Ideen und Impulse, vor allem bei der Veredlung landwirtschaftlicher Produkte, notfalls auch mit Geld und Sachverstand von außen. Hier wären die Fördermillionen des Landes Brandenburgs besser investiert als nur in Asphalt und Beton.

Der Verein selbst sieht auch in Zukunft seine Hauptaufgabe im Flächenmanagement, also im Flächenerwerb sowie in der Bewirtschaftung der erworbenen Flächen entsprechend dem Pflege- und Entwicklungsplan. Er wird dafür sorgen, dass im Rahmen des bisher schon erfolgreich genutzten Pflugtauses großflächig Gebiete entweder ganz aus der Nutzung genommen oder in der Nutzung soweit eingeschränkt werden, dass quasi natürliche Wasserverhältnisse erreicht werden können. Das ist sicher zuerst im Fiddichower Polder (Polder 10) möglich. Wenn dies plan- und berechenbar mit langfristiger Perspektive erfolgt, dann sind damit auch keine Betriebsschließungen verbunden.

Der vor zehn Jahren fertig gestellte Pflege- und Entwicklungsplan muss behutsam weiterentwickelt werden, ohne dabei Qualität und Anspruch zurückzuschrauben. Inwieweit sich der Pflege- und Entwicklungsplan in dem nach der Novellierung des Gesetzes von der Nationalparkverwaltung zu entwickelnden behördenverbindlichen Nationalparkplan wieder findet, wird die Zukunft zeigen. Zwei sich widersprechende Pläne auf gleicher Fläche würden aber kaum zu der notwendigen Klarheit führen. Nachdem das brandenburgische Landwirtschaftsministerium zunächst mit der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) und dann mit den Behandlungsrichtlinien bereits mehrere Planungsvorhaben begonnen und abgebrochen hat, wäre es nun eigentlich an der Zeit, einen gemeinsamen Plan zu entwickeln.

Dennoch wird es auch in Zukunft immer wieder unterschiedliche Akzente zwischen den mit der Verwaltung des Nationalparks betrauten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und den bürgerlich-rechtlichen Naturschutzorganisationen vor Ort geben. Das hängt schon damit zusammen, dass das Kerngebiet des

Naturschutzgroßprojektes „Unteres Odertal“ (seit 1992) und der brandenburgische Nationalpark Unteres Odertal (seit 1995) praktisch flächengleich sind. Das Naturschutzgroßprojekt und sein Träger, der Verein, sind neben der Vereinssatzung, den Zuwendungsbescheiden und dem Pflege- und Entwicklungsplan verpflichtet, die Nationalparkverwaltung dagegen im Wesentlichen dem Nationalparkgesetz und den Dienstanweisungen des Ministers.

Die sich daraus ergebenden Erwartungen und Forderungen an die Menschen und Betriebe der Region sind höchst unterschiedlich, wie sich am Beispiel des Mescheriner Sees deutlich machen lässt: Während – um das Beispiel etwas auszuführen - die Nationalparkstiftung auf dem von ihr zu Naturschutzzwecken erworbenen, nichtschiffbaren Gewässer ab dem Jahr 2011 den Motorbootverkehr ausschließlich mit Elektromotoren zulassen möchte, eine Regelung, die nicht nur auf allen bayerischen Seen gilt, sondern auch im brandenburgischen Biosphärenreservat Spreewald verabredet wurde, sieht die Nationalparkverwaltung auf der Grundlage des Nationalparkgesetzes im einzigen Nationalpark Brandenburgs keine Möglichkeit, das zu fordern oder wenigstens zu fördern.

Es wird also in Zukunft sehr darauf ankommen, mit viel Fingerspitzengefühl und gegenseitigem Verständnis für die unterschiedlichen Grundlagen, Aufgaben und Möglichkeiten des hauptamtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes und durch vertrauensvolle, wechselseitige Informationen den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten gerecht zu werden.

Anschrift der Verfasser:

THOMAS BERG UND DR. ANSGAR VÖSSING  
Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen  
Europa-Nationalparks Unteres Odertal e. V.  
Schloss Criewen, 16303 Schwedt/Oder  
Nationalparkverein@Unteres-Odertal.info

